



Das Tram Bern-Ostermundigen erhält vom Grossen Rat freie Fahrt. zvg

Heftige Debatte um eine Glaubensfrage

GROSSER RAT Das Parlament hat gestern den Kantonsbeitrag fürs Tram Bern-Ostermundigen genehmigt. Vorgängig debattierten die Grossräte intensiv über Glaubensfragen und Gelenkbusse.

Es war wie eine Zusammenfassung der Tramdebatte der letzten Jahre, was die Grossräte gestern bei der fast zweistündigen Diskussion rund ums Tram Bern-Ostermundigen präsentierten. Sowohl Gegner als auch Befürworter verfolgten das Schauspiel auf der Zuschauertribüne mit. Es ging um rund 153 Millionen Franken, die der Kanton insgesamt ans Tram zahlen soll. Davon verbleiben 102 Millionen Franken Nettokosten beim Kanton, den Rest bezahlen die Gemeinden via Finanz- und Lastenausgleich.

Die BDP beantragte, das Tramprojekt an die Regierung zurückzuweisen. Es sei zu wenig ausgereift. Die Partei forderte Klarheit in zwei Punkten, die noch nicht entschieden sind: die Erschliessung der Rüti in Ostermundigen und der Standort des möglichen Wendeparkplatzes für das Tram. Weiter forderte sie, dass die Variante mit Gelenkbusen und die Linienführung nochmals geprüft werden soll und dass die Kostenberechnung zu aktualisieren sei. «Ich bin nicht gegen den öffentlichen Verkehr, aber ich will einen Ausbau mit Augenmass», sagte Jakob Etter (Treiten).

23 Linienführungen geprüft

«Die Linienführung des Trams ist mittlerweile zu einer Glaubensfrage geworden», sagte Reto Müller (SP, Langenthal), Sprecher der vorberatenden Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungs-

kommission. Der Kanton habe 23 Linienführungen geprüft, und Experten seien mehrfach zum Schluss gekommen, dass das nun vorgeschlagene Projekt die zweckmässigste Variante sei. Die Befürworter verwiesen zudem auf die wirtschaftliche Entwicklung, die an einer Tramstrecke möglich wäre, und auf die Entlastung des Bahnhofs Bern. Ausserdem habe Ostermundigen zum Tram Ja gesagt, und auch aus der Stadt Bern sei ein Ja zu erwarten, schliesslich habe diese bereits das Vorgängerprojekt Tram Region Bern abgesegnet. Die Rückweisung, so ihr Fazit, sei nichts als Verzögerungstaktik und eine eigentliche Ablehnung des Tramprojekts.

Nur vier Parteien waren einig

Das wollten die Gegner nicht auf sich sitzen lassen. Es gehe darum, sinnvoll zu investieren in Zeiten, in denen Sparen angesagt sei. Verkehrsdirektorin Barbara Egger (SP) konterte diesen Einwand mit dem Argument, es sei in den letzten Jahren zu wenig investiert worden, der Kanton habe Nachholbedarf.

Befürworter und Gegner fand man in vielen Parteien, so auch in der BDP. Vania Kohli (Bern) hielt ein flammendes Votum fürs Tram und warf ihrem Parteikollegen Etter vor, er bringe die exakt gleichen Argumente wie bei der Abstimmung ums Tram Region Bern. Schliesslich stimmte der Rat mit 79 zu 40 Stimmen mit 21 Enthaltungen für den Kredit. Die SP, die EVP und die FDP stimmten geschlossen Ja, einzig die EDU geschlossen Nein. Bei der SVP gab es hauptsächlich Nein-Stimmen, aber auch viele Enthaltungen. Sandra Rutschli

HÄUSLICHE GEWALT EINE BETROFFENE ERZÄHLT

Im Frauenhaus fand Manuela

Manuela B.* fand im Frauenhaus Bern Zuflucht vor ihrem gewalttätigen Ehemann. Betroffenen von häuslicher Gewalt rät sie, sich schnell Hilfe zu holen. Sie selbst hatte lange gehofft, ihr Partner würde sich ändern.

Als Manuela B. vor fünf Jahren ihren Mann verliess, nahm sie nichts mit ausser ihrer Handtasche, die neben der Eingangstür lag. Eine Nachbarin war zufällig vorbeigekommen und Zeugin geworden, wie der angetrunkene Ehemann in der Wohnung wütete. Als sie anbot, die Tochter des Paares mitzunehmen, ging Manuela B. kurz entschlossen ebenfalls.

Der Vorfall, der Manuela B. damals dazu bewegte, Mann und Wohnung zu verlassen, war nicht der erste dieser Art gewesen: Ihr Partner trank oft, war aggressiv und gewalttätig. «Ich habe immer gehofft, er würde sich bessern», erklärt Manuela B. ihr Aushalten und Zuwarten. Er habe ihr versichert, er wisse nicht, was er tue, er wolle sich ändern. «Aber die Probleme wurden immer grösser – bis ich sah, dass mein Leben in Gefahr war.» Ihr Mann hatte sie unter anderem mit einem Messer bedroht. Als Manuela B. schliesslich ging, war sie 25.

Reden ist schwierig

Manuela B. heisst eigentlich anders, möchte aber zum Schutz ihrer selbst und der Tochter anonym bleiben. Dass sie sich bereit erklärt hat, ein Gespräch mit dieser Zeitung zu führen, ist nicht selbstverständlich: Viele Frauen wollten nicht über ihre Geschichte sprechen, hatte die Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern anfänglich auf die Frage nach einem Interview mitgeteilt.

SANIERUNG FRAUENHAUS

Das Frauenhaus Bern wurde 1980 gegründet und ist seit 1994 eine kantonal anerkannte Opferhilfestelle. Es gehört zur «Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern» und bietet Platz für sieben Frauen und acht Kinder. **Nun muss das Gebäude saniert werden.** Die Kosten belaufen sich auf 3,3 Millionen Franken. Davon sind 300 000 Franken nicht durch die «Stiftung gegen Gewalt» oder die öffentliche Hand gedeckt, weshalb die Stiftung nun einen Spendenaufruf gestartet hat. Informationen unter www.frauenhaus-bern.ch akn

«Ich habe immer gehofft, mein Mann würde sich bessern.»

Manuela B.



Frauenhäuser bieten Opfern von häuslicher Gewalt Schutz: Gemäss Statistik hat

In anderen Fällen liess der Persönlichkeitsschutz der Betroffenen kein Gespräch zu oder aber die Gefahr einer erneuten Traumatisierung war zu gross.

Manuela B. sagte schliesslich zu. Sie sitzt im Aussenbüro der Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern, welche zwei der drei Frauenhäuser im Kanton Bern führt. Vor ihr steht ein Glas Wasser.

Weg von zu Hause, wandte Manuela B. sich zuerst an die Polizei. Diese hätte ihren Mann für einige Tage verhaften können, doch eine längerfristige Lösung musste her, und so verwiesen die Beamten sie an das Frauenhaus Bern. «Am Tag bevor ich ins Frauenhaus kam,

fühlte ich mich sehr schlecht», erinnert sich B. Weder essen noch trinken konnte sie – «ich hatte Angst vor dieser Situation». Da die Adresse der Institution geheim ist, werden zukünftige Bewohnerinnen und gegebenenfalls ihre Kinder an einem neutralen Treffpunkt abgeholt.

Es war Nacht, als Manuela B. mit ihrer Tochter ins Frauenhaus kam. Dort legten sich Angst und Übelkeit schon bald: Nach einigen Stunden Schlaf und einem Gespräch mit den Mitarbeiterinnen des Frauenhauses fühlte sie sich besser. Während der ersten gemeinsamen Mahlzeit mit den anderen Bewohnerinnen wurde ihr ausserdem bewusst, dass sie

nicht die Einzige war, die von Drohungen und Aggressionen des Partners betroffen war: «Als ich merkte, dass andere Frauen in ähnlichen oder noch schlimmeren Situationen waren, fiel mir ein Stein vom Herzen.»

Kein Einzelfall

Tatsächlich handelt es sich bei Manuela B.s Geschichte um ein Einzelschicksal. Ein Einzelfall ist sie jedoch nicht, wie die am Dienstag von der kantonalen Polizeidirektion veröffentlichten Zahlen zu häuslicher Gewalt zeigen: 2016 rückte die Kantonspolizei 945-mal wegen häuslicher Gewalt aus. Bei einseitiger Gewaltausübung – also in 499 Fällen

Wie ein saudischer Waffenhändler die Berner Lokalpolitik

SKANDALFIGUR Der saudische Financier Adnan Khashoggi ist 81-jährig in London gestorben. Für den in den 1980er-Jahren von Krisen geschüttelten Kanton Bern ist er eine Schlüsselfigur. 1989 wurde er von Alexander Tschäppät spektakulär verhaftet.

Am 19. April 1989 ging der Name Alexander Tschäppät plötzlich um die Welt. «Es war unglaublich, was da abging», erinnert sich der Alt-Stadtpräsident auf Anfrage. Der damals 37-jährige Berner Untersuchungsrichter, mit schwarzem Vollbart und silberglänzendem Brillengestell, war am Vortag um 6 Uhr früh mit einem Haftbefehl im Hotel Schweizerhof erschienen, um den «reichsten Mann der Welt» beim Frühstück festzunehmen zu lassen. Adnan Khashoggi, weltbe-

kannter Milliardär, Waffenhändler, Frauenheld und regelmässiger Schweizerhof-Gast, der angeblich pro Tag schon mal eine halbe Million Franken ausgab, wurde aus dem Nobelhotel hinüber ins Amtshaus chauffiert, wo ihm eine Einzelzelle zugewiesen wurde.

«Swiss magistrate Tschäppät»

Es war die Zeit, als Newsticker, Smartphones, Facebook und Instagram noch nicht einmal als Idee existierten und das Neueste aus dem Leben am nächsten Tag in der Zeitung stand. Und so erklärte «the Swiss magistrate Alexander Tschäppät» in der «New York Times», im «Spiegel» und wohl auch in asiatischen Massenblättern der Welt da draussen, wie es in einer Berner Gefängniszelle aussieht (ein Bett, ein Stuhl, ein Tisch, ein Handtuch, ein Eck-

WC) und warum die Berner Justiz Khashoggi, für den es laut seinen vielen Friends «keine Gesetze, keinen Himmel, keine Grenzen» gab, in Handschellen legte.

Khashoggis Festnahme veranlasst hatten die USA, die ihn verdächtigten, der philippinischen Ex-Diktatoren-Familie Ferdinand und Imelda Marcos als Strohmann gedient und Vermögenswerte in Millionenhöhe am philippinischen Volk vorbei auf private Konten geschleust zu haben.

Als Anwalt des saudischen Muslims Khashoggi war der Stadtberner FDP-Politiker Ralph Zloczower tätig, damals einer der öffentlich bekanntesten Juden in der Schweiz und später Präsident des Schweizerischen Fussballverbands. Auf Anfrage erinnert sich Zloczower, dass Khashoggi, «im Gegensatz zur Medienberichterstattung über ihn stets



Faszinierte und stresste Bern: Milliardär Adnan Khashoggi als Werbeträger für gemütlichen Käsegenuss. Imago

B. zurück ins Leben



das Frauenhaus Bern letztes Jahr 106 Frauen aufgenommen (Symbolbild).

Getty Images

2016 rückte die Kantonspolizei 945-mal wegen häuslicher Gewalt aus.

aufwühlte

und gegenüber jedermann ein äusserst höflicher, bescheidener Mann» gewesen sei, der «immer Dankbarkeit bekundete, wenn ihm jemand etwas zuliebe oder einen Gefallen tat».

In den USA freigelassen

Weil sich Khashoggi der Auslieferung zuerst widersetzte, schmorte er drei Monate in Bern, ehe er dann, nach New York ausgeflogen wurde. Man liess ihn dort kurzum auf Kautionsfrei, später wurde er vor Gericht freigesprochen.

Bei ihm als involviertem Juristen, sagt Tschäppät, löse die Erinnerung an die Khashoggi-Verhaftung «ein ungutes Gefühl» aus – weil die US-Behörden zuerst mit grossem Lärm eine Justizaktion vom Stapel liessen, den Verdächtigten dann aber kleinlaut und ohne Strafe laufen liessen.

Zu Adnan Khashoggi persönlich fand Tschäppät indessen einen guten, freundschaftlichen Draht. Natürlich sei er «ein Waffenhändler gewesen, keine Frage», aber gleichzeitig auch eine

Selbst für seinen legendären Leibwächter, «Mr. Kill», hatte er keinen Job mehr.

«herzliche, offene Persönlichkeit», die während der Haft «null Probleme» gemacht habe. Er habe keine Sonderbehandlung genossen – und auch keine verlangt. Untersuchungshäftlingen ist es gestattet, die Verpflegung aus-

wärts zu ordern, und Khashoggi liess sich seine Mahlzeiten jeweils mit seinem Miet-Mercedes aus dem Schweizerhof liefern. Khashoggi sei für damalige Verhältnisse unermesslich reich gewesen, sagt Tschäppät, wenn er sich die Vermögenssituation der Reichsten von heute anschau, würde Khashoggi wohl nicht mehr zu den Topshots zählen.

Wieder selbstständig

Mit manchen Frauen aus dem Frauenhaus hat B. nach wie vor Kontakt – wenn auch weniger als erhofft, nachdem sie sich lebenslange Freundschaft geschworen

hatten. Heute würde Manuela B. jeder Frau, die von häuslicher Gewalt betroffen ist, raten, möglichst früh Hilfe zu holen – «niemand verdient das».

Inzwischen absolviert B. eine Ausbildung und sorgt für ihre Tochter. Der Weg zurück in die Selbstständigkeit war jedoch kein einfacher: Bei ihrem Auszug aus dem Frauenhaus war sie hin- und hergerissen zwischen Vorfreude auf und Angst vor der Unabhängigkeit. Doch schon kurze Zeit nach ihrem Umzug fand ihr Ex-Mann heraus, wo sich B. neuerdings aufhielt. Er begann, sie zu stalken, lauerte ihr am Arbeitsplatz auf – sie musste schliesslich die Stelle wechseln. Die Besuche

500 Franken Trinkgeld

Eindrücklich sei der Hofstaat von Profiteuren gewesen, der Khashoggi umgeben habe. Er erinnert sich etwa, dass selbst während Khashoggis U-Haft dessen Privatjet im Belpmoos stationiert war und die Besatzung tatenlos im Hotel logierte. Wegen Zahnschmerzen wollte der inhaftierte Khashoggi seinen Zahnarzt aus Paris nach Bern einfliegen lassen, aber Tschäppät überzeugte ihn

der Tochter beim Vater sorgen für weiteren Streit, der während eines Vater-Kind-Urlaubes eskalierte: Der Vater drohte, sich selbst und die gemeinsame Tochter umzubringen. Noch einmal wandte sich Manuela B. an das Frauenhaus, noch einmal wurde sie beraten und unterstützt. Der Schrecken endete glimpflich: B.s Ex-Mann und die Tochter kehrten unversehrt zurück, er wurde von der Polizei verhaftet. Seither hat sich die Lage beruhigt: «Viel leicht», sagt B. mit müdem Lächeln, «ist ihm da endlich klar geworden, was er getan hat.»

Andrea Knecht

* Name der Redaktion bekannt.

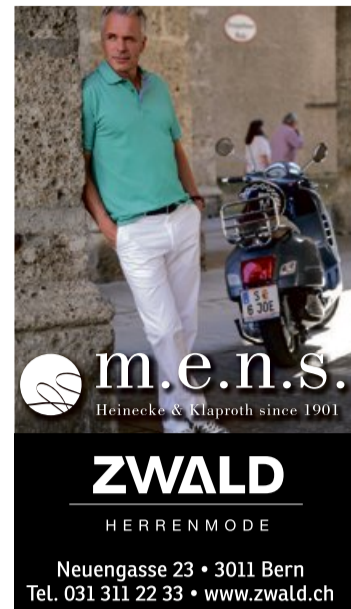
HÄUSLICHE GEWALT

Enttabuisiert, aber nach wie vor aktuell

Christine Meier, Leiterin des Frauenhauses Bern, stellt fest, dass der Diskurs um häusliche Gewalt in den letzten Jahrzehnten enttabuisiert wurde: «Im Unterschied zu den 70er- oder 80er-Jahren **anerkennt die grosse Mehrheit, dass häusliche Gewalt ein gesellschaftliches Problem ist** und nicht nur eines der betroffenen Paare oder Familien.»

Dennoch geben Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt nach wie vor zu reden: Ende Mai hat der Nationalrat der Istanbul-Konvention mit **123 zu 50 Stimmen zugestimmt**. Diese verpflichtet die Vertragsstaaten, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu bekämpfen und zu verfolgen. Sie will zudem einen Beitrag gegen die Diskriminierung von Frauen leisten und die Gleichstellung von Frau und Mann fördern, unter anderem indem patriarchale Muster, Bräuche und Traditionen überwunden werden. Direkte gesetzliche Folgen hat die Annahme der Konvention keine, dennoch hat sich insbesondere die SVP gegen einen Beitritt gestellt. *akn*

Betroffene von häuslicher Gewalt finden Informationen unter www.frauenhaus-bern.ch oder können sich telefonisch beraten lassen: 031 332 55 33.



ANZEIGE

Spende fürs Lebenswerk

GOSTELI-ARCHIV Weitere 100 000 Franken für die Gosteli-Stiftung: Nach der Bürgergemeinde setzt sich nun auch die Mobilien für das Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung ein.

«Unglaublich», sagt Silvia Bühler. Die Leiterin des Gosteli-Archivs erhielt gestern für die Arbeit des Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung einen Check von 100 000 Franken. Spenderin ist die Schweizerische Mobilien, die laut Ständerat Werner Luginbühl, Leiter Public Affairs bei der Versicherungsgesellschaft, ein Zeichen setzen wollte. «Damit leistet die Mobilien einen Beitrag an den Erhalt des Lebenswerks von Marthe Gosteli», sagt Luginbühl. Vor einigen Wochen erhielt das Archiv bereits den Kulturpreis der Bürgergemeinde Bern in der Höhe von 100 000 Franken.

Im Februar hatte diese Zeitung publik gemacht, dass der Gosteli-Stiftung das Geld ausgeht. Ende 2016 hatte die Stiftung noch etwa 360 000 Franken Vermögen, bei einem Jahresaufwand von rund 250 000 Franken. Mittlerweile sieht die Lage besser aus. Neben den 200 000 Franken der oben erwähnten Geldgeber weist die Stiftung auch markant mehr Spenden auf. Dafür sieht Archivleiterin Bühler zwei Gründe: Erstens ist die Stiftung durch den Kulturpreisgewinn in den Köpfen der Leute vermehrt präsent. Und zweitens führte auch das Ableben von Marthe Gosteli zu neuen Spenden. «Frau Gosteli wollte ja auch, dass auf der Todesanzeige zu Spenden für das Archiv aufgerufen wird», sagt Bühler.

Saniert ist die Stiftung durch diese Gelder noch nicht, aber die Spenden sichern dem Archiv die Zwischenphase, bis die hängigen politischen Vorstösse behandelt sind. Sowohl auf kantonaler wie nationaler Ebene sind Politiker vorstellig geworden, um die finanzielle Zukunft des Archivs zu sichern. Dank breiter Unterstützung aus verschiedenen politischen Lagern sieht es gut aus für die Gosteli-Stiftung. Bis es zu definitiven Entscheidungen kommt, finanziert sich die Stiftung weiterhin privat. Da kommen die Spenden ganz gelegen. *bol*



Breite Unterstützung: Marthe Gosteli (l) und Silvia Bühler. *Urs Baumann*